

2334/J XXIV. GP

Eingelangt am 02.06.2009

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Korun, Schwentner, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur

betreffend Zwangsverheiratung

Je nachdem wie die Debatte geführt wird, kann sie den Schutz junger Menschen vor Zwangsehe bewirken oder aber zu einer Legitimierung von Einwanderungsbeschränkungen oder zu einer Stigmatisierung und Diskriminierung von Minoritäten beitragen. Damit die beabsichtigte Unterstützung der jungen Menschen innerhalb dieser Gruppen nicht in eine Dämonisierung dieser Gruppen umschlägt ist es wichtig, dass beim Thema Zwangsheirat stark auf eine Begrenzung der negativen Auswirkungen der Debatten geachtet wird.

So wie bei allen anderen Formen von Gewalt gegen Frauen geht es auch beim Thema Zwangsheirat sehr stark um Präventionsmaßnahmen, Unterstützung und Empowerment der Opfer. Die Beratung und die Unterbringungsmöglichkeiten für potentielle Opfer müssen den speziellen Bedürfnissen entsprechen. Derzeit fehlt eine adäquate Unterbringungsmöglichkeit für Frauen, die von Zwangsverheiratung bedroht oder betroffen sind.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Welche konkreten Maßnahmen Ihres Ressorts gibt es, um die Auswirkungen der öffentlichen Debatten einzuschätzen und negativen Auswirkungen entgegenzutreten?
2. An wie vielen Schulen wurden 2007 und 2008 Schulungen, Workshops oder Vorträge zum Thema Zwangsheirat durchgeführt?

3. Ist eine Evaluierung der Materialien und Methoden von Maßnahmen gegen Zwangsverheiratung (wie sie zum Beispiel in Schulen durchgeführt werden) geplant?
4. Welche Maßnahmen speziell zur Arbeit mit Burschen wurden gefördert oder angeregt?
5. Wurden Initiativen gestartet, um die vermutlich betroffenen Communities einzubeziehen? Falls ja, wie wurden Communities in die Arbeit zum Thema Zwangsverheiratung einbezogen?
6. Was wurde gemacht, um insbesondere isolierte und potentiell von Zwangsverheiratung bedrohte Frauen zu erreichen (Deutschkurse, Kindergärten, SozialarbeiterInnen, MultiplikatorInnen etc.)?
7. Was wurde für die Ausbildung von Personen mit Migrationshintergrund als MediatorInnen und MultiplikatorInnen im Bereich von Zwangsverheiratung und anderen Fällen von Gewalt im persönlichen Nahraum getan?
8. Wurden JugendarbeiterInnen, SozialarbeiterInnen und LehrerInnen Angebote zur Weiterbildung in diesem Bereich gemacht? Falls ja, wie sehen diese Weiterbildungsangebote konkret aus und wie viele haben daran teilgenommen?
9. Ist eine verpflichtende Verankerung von „Interkultureller Pädagogik“ in den Curricula der Pädagogischen Hochschulen geplant?